

Pöfener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau.
In Pofen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Mrici & Co. Breitestraße 14,
in Gnefen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meferik bei Ph. Matthias.

Annoucen-Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Paube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mofse.
In Berlin, Dresden, Gdrlik beim „Invalidendank“.

Nr. 11.

Das Abonnemert auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Pofen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 5. Januar.

Inferate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeilzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Breslau, 4. Januar. Der König hat dem Konsistorialrath, Prof. Dr. Meuter zu Göttingen die Stelle und den Titel eines Abts zu Bursfelde, dem Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Köhler zu Aachen bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath, dem Kataster-Inspektor Fromm in Danzig bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Steuerath, dem Domänenpächter, Oberamtmann Hölzel zu Kunzendorf im Regierungsbezirk Marienwerder den Charakter als Amtsrath, und dem Kaufmann Detleffen, Inhaber der Firma G. S. Sanders Nachfolger, zu Kiel das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten verliehen, sowie den Pfarrer Petri in Bobersberg zum Superintendenten der Diözese Krossen II., Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ernannt.

Dem Kreisihierarzt Filensky zu Beeskow ist, unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amte, die Verwaltung der Kreisihierarzt-Stelle des Kreises Meferik übertragen und die Stadt Meferik als Amtswohnort angewiesen worden.

Politische Uebersicht.

Pofen, 5. Januar.

Mit Bezug auf die auch von uns dieser Tage mitgetheilte, von uns selbst abfällig beurtheilte Rundgebung aus dem Richterischen Lager zum Antrage Windthorst bemerkt die „Sib. Korresp.“:

„In einer Reihe fortschrittlicher Blätter findet sich eine gleichlautende berliner Korrespondenz über den Antrag Windthorst, welche sich ebenso bestimmt für die Zustimmung desselben ausspricht, wie die „Kieler Ztg.“ in ihrem Artikel vom 24. Dezember v. J. gegen eine solche. Zu den Auslassungen der „Kieler Ztg.“ wird bemerkt, die von ihr vertretene „mehr formal juristische Ansicht“ habe innerhalb der Fortschrittspartei nur vereinzelte Vertreter. Da die „Breslauer Morgen-Ztg.“ bei dem Abdruck der Korrespondenz bemerkt, der Antrag Windthorst sei bis jetzt innerhalb der Fortschrittspartei als offene Frage behandelt worden, so wird man gut thun, eine Klärung der Lage nicht von journalistischen Expektationen, sondern von den offiziellen Fraktionsberatungen zu erwarten. Was uns veranlaßt, auf die in Rede stehende Korrespondenz einzugehen, ist der in derselben enthaltene Hinweis darauf, daß die Stimmen der Fortschrittspartei für oder gegen den Antrag Windthorst den Ausschlag geben, je nachdem die Partei mit dem Zentrum und dessen Anhang oder mit den übrigen liberalen Gruppen Fühlung sucht. Nach der Ansicht des Verfassers jener Korrespondenz muß die Fortschrittspartei diese „neue Situation“ benutzen, um dem Zentrumsantrag zu einer Majorität zu verhelfen. Der Verfasser geht sogar noch weiter; er meint, die „liberale Vereinigung“, die er als „Sezessionistenpartei“ bezeichnet, werde in ihrer Mehrheit nicht umhin können, der Fortschrittspartei sich anzuschließen.“ Die „Kieler Ztg.“ hatte in Uebereinstimmung mit der von uns vertretenen Auffassung befürwortet, daß die liberalen Parteien, jede für sich und möglichst in Einverständnis unter einander ihre materielle Stellung gegenüber der „Revision der Waigesetzgebung“ entscheiden müßten. Von dieser Entschlieung wird auch ihre Stellung zu dem Antrag Windthorst abhängig bleiben. Auf keinen Fall aber wird die liberale Vereinigung oder die Mehrheit derselben ihre Entschlieung von der Ermägung abhängig machen, daß sie, einem einseitigen Vorgehen der Fortschrittspartei oder eines Theiles derselben gegenüber, nicht umhin könne, sich der ausgegebenen Parole anzuschließen.“

Die „Provinzialkorresp.“ bestätigt heute, daß die Einberufung des preussischen Landtags am 14. d. M. bevorsteht. Aus den weiteren Mittheilungen des halbamtlichen Blattes ist von Interesse die endliche Bestätigung, daß dem Landtag eine kirchenpolitische Vorlage zugehen wird. Bekanntlich wurde dies von verschiedenen Seiten noch bis in die jüngste Zeit hinein in Abrede gestellt. Ueber Inhalt und Zeit dieser Vorlage erfahren wir freilich nichts. Aus dem unendlich langen und phrasenreichen Artikel über „die Anfänge einer besseren Zeit für die katholische Kirche“ irgend einen greifbaren Kern herauszuschälen, wird niemandem gelingen, es müßte denn sein, daß die Regierung ihre weiteren Schritte zum kirchlichen Frieden für derartige hält, daß sie auf die Unterstützung der „Vertreter der katholischen Bevölkerung“ hoffen zu können glaubt. Daß Vorlagen über die Verstaatlichung mehrerer Eisenbahnen und über die Kreis- und Provinzialordnung für Hannover dem Landtag zugehen werden, war bereits seit längerer Zeit bekannt. Auf die letztere Vorlage scheint sich die ganze Geseßgebung zur Verwaltungsreform beschränken zu sollen. Von Geseßentwürfen zur Steuerreform ist nicht die Rede, und auch sonst werden größere und neue geseßgeberische Arbeiten nicht namhaft gemacht; allerlei Ueberraschungen könnten aber trotzdem vorbehalten sein.

Die „Magd. Ztg.“ will wissen, daß die vom Breslaue Domkapitel eingereichte Kandidatenliste für den fürstbischöflichen Stuhl von der Regierung durchweg abgelehnt worden sei. Danach müßte also der König sämmtliche vorgeschlagene Kleriker als personae minus gratiae bezeichnet haben. Es erscheint das kaum glaubhaft, wenn anders die von der „Schles. Ztg.“ veröffentlichte Liste richtig war. Denn weder von dem gegenwärtigen Bisthumsverweser, noch von dem Propste Herzog wird man annehmen dürfen, daß sie der Regierung nicht genehm seien. Die Zurückweisung der ganzen Liste würde sich auch nur dann erklären lassen, wenn man staatlischerseits darauf

bestände, den Cardinal Hohenlohe, der vom Domkapitel nicht vorgeschlagen war, zum Fürstbischöf von Breslau zu machen. Indes ist die „Germania“, die über diesen Punkt gut unterrichtet sein kann, von ihren früheren Befürchtungen zurückgekommen und versichert, daß die Regierung nicht auf die Wahl des Cardinals hinarbeite.

Der sogenannte Naturalisationsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland hatte bisher auf Elsaß-Lothringen keinen Bezug, weil der Wiederanschluß der Reichslande an Deutschland erst nach dem Abschluß jenes Vertrages erfolgte. Eine ganze Reihe von Differenzen bezüglich der Behandlung ausgewanderter und wieder zurückgekehrter militärpflichtiger Elsaß-Lothringer war die Folge hiervon, da Deutschland die Bestimmungen des Vertrages als für Elsaß-Lothringen maßgebend nicht betrachtete. Nach jahrelangen Unterhandlungen ist nun, wie man der „Tribüne“ aus Washington schreibt, am 2. Dezember durch unseren dortigen Gesandten v. Schölzer das Uebereinkommen unterzeichnet worden, durch welches der zwischen der Union und Deutschland bestehende Vertrag auch auf die Reichslande ausgebehnt wird. Der Bundesrath wird sich demnächst mit der Ratifikation zu beschäftigen haben. Wie die „Tribüne“ hört, wird dabei voraussichtlich nur eine kleine redaktionelle Aenderung eintreten. In dem amerikanischen Entwurfe heißt es nämlich, daß der zwischen dem Norddeutschen Bunde und Deutschland abgeschlossene Vertrag ausgebehnt werden solle auf „Deutschland, die seither erworbenen und die noch zu erwerbenden Gebiete.“ Seitens der deutschen Regierung wird nur die Bemerkung gewünscht, daß der Vertrag auf ganz Deutschland ausgebehnt werde. In dieser Form wird demnächst die Erledigung der lange anhängigen Frage zu erwarten sein.

Wie die „Kieler Zeitung“ berichtet, nimmt die liberal-protestantische Bewegung in Schleswig-Holstein von Tag zu Tag größere Bedeutung an. Die Petitionen zu Gunsten des Diakonus Lühr finden in zahlreichen Gemeinden Unterstützung. Auch in orthodoxen Kreisen hat Lühr's Entfernung vom Amte Befremden erregt, wie u. A. auch ein Schreiben zeigt, welches die „Iphoer Nachrichten“ von positiv „kirchlicher“ Seite empfangen haben und das mit den Worten schließt:

„Seit Langem schon sind in unserer schleswig-holsteinischen Landeskirche Männer der freiesten Glaubensrichtungen angestellt gewesen, ohne daß eine Anwendung kirchenregimentlicher Gewalt gegen sie als im Bereiche der Möglichkeit liegend gehalten wurde. Soll nun aber von jetzt an das gerade Gegenheil Platz greifen, so wird dadurch unabwendbar in solchem Grade der kirchliche Friede gestört und eine so tiefgreifende Beunruhigung und Verwirrung der Gemüther hervorgerufen werden, daß nicht nur die Entfaltung unserer Gemeinden noch bedeutend gesteigert, sondern selbst auch der Bestand unserer Landeskirche gefährdet werden muß.“

Aus Triest bringt die „Deutsche Zeitung“ eine Nachricht ihres dortigen Korrespondenten, in welcher es heißt:

„In Süd-Dalmatien sind Gerüchte verbreitet über größere Gefechte, welche in den letzten Tagen zwischen dem Militär und den Insurgenten der Krivoscie stattgefunden haben. Von einem Offizier, welcher aus Ragusa hier eingetroffen ist, erhalte ich die folgenden Details, die wohl als richtig angesehen werden können. Bei der bekanteten militärischen Abschließung des aufständischen Gebietes gegen die Macht von Perast ist die Krivoscianer genöthigt, häufige Versuche zur Durchbrechung der Kordonen zu machen. Es hat sich dabei die Geflohenheit von gegenseitigen Nekognosirungen herausgebildet, bei welchen unsererseits meistens die Gendarmen in Verwendung kommen. Bei einer solchen Nekognosirung kam es zu einem blutigen Gefechte, in dem mehrere Gendarmen getödtet wurden. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist noch nicht genau bekant, aber es steht fest, daß der Zusammenstoß ein überaus heftiger und hartnäckiger war. Auch über die Zahl der gefallenen Krivoscianer weiß man noch nichts Näheres. Diefelben sollen ihre Verwundeten und Todten mit in das Gebirge geschleppt haben.“

In Uebereinstimmung damit meldet der „Pester Lloyd“ aus Cattaro:

„Feinlich berührt gestern hier die Nachricht, daß es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einer Schaar Krivoscianer und sechs Gendarmen gekommen sei. Gleich im Beginne des Nekontres wurden drei Gendarmen todtgeschossen. Um die Leichen derselben entspann sich ein erbittertes Ringen mit Bajonet und Handfchar, wobei ein vierter Gendarm sein Leben verlor. Zwei durch das Geseßfeuer allarmirte Jäger-Kompagnien trafen auf dem Kampflay erst ein, als Alles zu Ende war. Die Terroristen haben bei den Krivoscianern nunmehr wieder die Oberhand.“

Wie der „Polit. Korresp.“ aus Cetinje gemeldet wird, ist eine 12 Mann starke Räuberbande an der Grenze, in der Nähe von Parez von montenegrinischen Truppen angegriffen worden. Diefelbe ließ zwei Schwerverwundete in den Händen der Montenegriner, darunter den Räuberhauptmann Sjenic. Die Bande ist diefelbe, welche in der letzten Woche die Umgebung von Grancarevo heunruhigte, wo sie mehrere Diebstähle und Plünderungen ausführte.

Von offiziöser Seite wird gemeldet, Graf Hoyos habe die bestimmte Weisung erhalten, in Butarest zu erklären, Oesterreich erwarte von Rumänien in der Donaufrage ein loyales Entgegenkommen im Interesse Rumäniens selbst und im

Interesse der fortdauernden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Der König von Italien hielt eine kurze Neujahrsrede an die Deputation der Kammern, die einen um so tieferen Eindruck gemacht hat, je seltener König Humbert persönlich in die Staatsgeschäfte eingreift. Besonders bemerkt wird die Verknüpfung der Worte, daß jegliche auswärtige Einmischung in innere Angelegenheiten zurückzuweisen sei, mit der Aufforderung an den Kammerpräsidenten, die rasche Erledigung der Militärvorlagen zu betreiben. Dieses eines Sohnes Victor Emanuels würdige Auftreten hat freudigen Widerhall bei allen Parteien außer den Klerikalen gefunden.

Unter der Ueberschrift: „Giftblüthen der liberalen italienischen Presse“ stellt die „Germania“ folgende Auszüge aus radikalen italienischen Blättern zusammen:

Die „Lega della democrazia“ bezieht ihre Insulte gegen die Kirche sogar aus Australien. Sie druckt gerade am Weihnachtstage folgende Korrespondenz aus Sidney ab: „Geht also Herr Pecci aus Rom fort oder nicht? Zwingt doch die alte Kröte ihr Loch zu verlassen. Fühlt ihr euch nicht stark genug, um dem in Fäulniß übergegangenen Papstthum den Gnadenstoß zu geben, so täuscht ihr euch sehr. An dem Tage, wo der alte Pecci, sagen hier unsere Blätter, Rom und den Vatikan verläßt, wird der Katholizismus nur noch das Gespenst eines zerfressenen und sinkenden Kadavers sein und die Italiener werden vor der Geschichte das Verdienst haben, diese immoralische und infame Institution zerstört zu haben. Italiener von den Meetings, Muth! Ihr vollbringt nicht nur eine nationale und patriotische That, sondern ihr vertilgt einen Krebschaden an dem Busen der Menschheit und inauguriert eine neue Aera der Zivilisation. Schade, daß wir hier auf der andern Erdhälfte nicht unseren sakrilegischen Arm gegen dieses Ungeheuer erheben können, um es in die Hölle zurückzujagen, aus welcher es hervorgegangen ist.“ Und dabei ist die katholische Religion in der Verfassung als Religion des Staates erklärt! — In der Nummer vom 23. v. M. ruft dasselbe Blatt dem Papst zu: Signor Pecci, gehen Sie doch, wie es die „Posi“ rath, ins Exil; etwas Bewegung wird Ihnen nicht schaden, und dann fährt es fort: „Sollte er aber auch mit der ganzen europäischen Soldateska zurückkommen, so werden wir ihn mit Granaten empfangen. Und mit was für Granaten! Er wird sich schon davon überzeugen.“ In der „Lega“ vom 22. Dezember rechnet Mario der Monarchie das Garantiegesetz zum Staatsverbrechen an und nennt den Papst „den giftigsten und unversöhnlichsten Feind Italiens“. Inbessn sollte Mario sich eigentlich über dieses Staatsverbrechen freuen, denn gerade der Unzufriedenheit mit dem Garantie-Gesetze schreibt er am 24. Dezember „die Entwicklung (diventare) der Republik zu, von der Fürst Bismark im deutschen Parlament gesprochen habe.“ — In ähnlichen Wuthausbrüchen wie die „Lega“ ergeben sich fast alle liberalen Blätter. Die „Capitale“ schreibt am 21. Dezember anlässlich der bevorstehenden Verifikation: Papst Pecci hat an der Fabrikation neuer Idole für das Vulgus der Gläubigen Geschmaç gefunden.“ — Wahrhaft cynisch drückt sich der liberale Abgeordnete Petrucci della Gattina in der „Gaz. di Torino“ aus: „Wenn der Papst abreist, so werden die Italiener indifferent bleiben und ihm mit dem Basilio im Barbier von Sevilla! Gute Nacht! wünschen. Die päpstliche Kanaille wird vielleicht unzufrieden sein, ebenso wie die Hoteliers, die nicht mehr Gelegenheit zur Schindung der Pilger haben werden, welche hierher kommen, um den heiligen Pantoffel zu belecken. Aber die Italiener grüßen den Papst auf Grund alter Tradition nicht anders als die Hebräer den Rabbi von Nazareth mit: „Ave Rabbi!“ und geben ihm eine Maulschelle. Die Maulschelle, welche Sciarra Colonna Bonifaz VIII. gab, ist aus unserer Geschichte nicht abgeschafft.“ Darauf geht Petrucci zu blutigen Drohungen über. Er meint, den Radikalen und Republikanern würde es nicht schwer fallen, unter den Kommunisten und Trastevere und auf dem Esquilino Leute vom Schlage Passantes zu finden, um mit ihrer Hilfe die Blutbäder vergangener Jahrhunderte gegen die Klerikalen und die Proselyten des Vatikan zu erneuern. In unseren Chroniken sind ja die Wespert gegen die Fremden bekant — und die Katholiken sind keine Italiener.“ Und Leute von diesem Schlage fabriziren in der Kammer die Geseße! Wir könnten zahllose Wuthausbrüche gleichen Schlages zitiren. Die obigen mögen vorläufig genügen.

Damit schließt die „Germania“.

Nach Versailles sind Weisungen zur Vorbereitung der nöthigen Einrichtungen für den Zusammentritt des Kongresses abgegangen. Diese Arbeiten sollen mit der größten Eile in Angriff genommen und spätestens Mitte Januar beendet sein. Der Zusammentritt des Kongresses ist demnach halb nach Eröffnung der Session in Aussicht genommen und wird auf zwei bis drei Wochen bemessen. Da jede Kammer die geseßgebende Gewalt behält, so kann es geschehen, daß die beiden Häuser durch Zwischenfälle veranlaßt werden, jedes einzeln zu tagen und die Vorstände des Senats und der Deputirtenkammer dann das Einvernehmen zwischen beiden Kammern vorzubereiten haben. Der „Voltaire“, der diese Mittheilung bringt, entwickelt die Ansicht, daß erst im Laufe dieses Jahres das neue System der französischen Republik in ganzer Vollständigkeit beginnen werde, nachdem die Senatorenwähler die letzte Schranke der dritten Republik gebrochen hätten; dann erst könne eine zugleich energische und kluge, ohne Schwachheit und Verwegenheit geführte Politik zur Wahrheit werden. Frankreich aber wolle nicht mehr diese Politik: am 20. Februar 1876 hätten die republikanischen Deputirten nur 4,028,153 Stimmen erlangt, am

14. Februar 1877 339,049 Stimmen gewonnen und am 21. August 1881 habe die Republik 5,128,442 Wähler erlangt, die Monarchie aber vom 20. Februar 1876 bis 21. August 1881 verloren 1,418,000 Befenner. Der „Voltaire“ verheißt schließlich von der reformirten Republik den Arbeitern goldene Berge.

Walded-Rousseau war am 1. d. nach Paris zurückgekehrt und war gegen alle Erwartung bei dem Empfange der Beamten des Ministeriums des Innern zugegen.

Am 2. d. wurde die dritte Versammlung wegen des Handelsvertrages mit England unter Gambettas Vorhänge abgehalten. Auch diese Sitzung führte zu keinem Ergebnisse. Charles Dilke ist mit drei Bevollmächtigten wieder nach London abgereist, um mit der englischen Regierung über die französischen Vorschläge zu berathen. Der Bevollmächtigte Crowe blieb in Paris, um mit Rouvier über die noch nicht erörterten Fragen zu unterhandeln; die Hoffnung auf das Zustandekommen eines Einvernehmens ist sehr gering.

Aus Tunis wird gemeldet, daß Roustan eine Rede hielt, worin er erklärte, die Theilnahme der französischen Kolonie und die Unterstützung der französischen Regierung, die ihn kenne, sowie seine Rückkehr lieferten den Beweis, daß die Regierung die erzielten Ergebnisse nicht aufgeben, sondern das in Tunisien begonnene Werk weiterführen werde; übrigens werde die Erfahrung, die er gemacht, die französischen Konsularbeamten, welche wie er verleumdet und mißhandelt worden, nicht entmutigen, stets die nationale Sache zu verteidigen, da sie der Theilnahme des Landes und der Unterstützung der gerechten und starken Regierung sicher seien.

Nicht allein Weiß, sondern auch — Emil Dillivier ist, so wird der „Köln. Ztg.“ eben jetzt gemeldet, von Gambetta wieder in Gnaden angenommen worden. Wenigstens heißt es, er sei von Gambetta mit einer Sendung beim Papst beauftragt worden, um diesen zu bestimmen, gegen die kirchliche Politik Gambettas keinen Einspruch zu erheben, wogegen sich Gambetta verpflichtet wolle, das Budget für die Geistlichkeit aufrecht zu erhalten. Dillivier soll dem Papst begreiflich machen, daß eine strengere Anwendung des Konkordats das einzige Mittel sei, um die schlimmen Pläne der Ultraradikalen zu verhindern.

Wie wir bereits (in Nr. 2 uns. Zeitung) telegraphisch gemeldet, ist der Seinepräfekt und Senator Herold am 1. Januar gestorben. Ferdinand Herold, Sohn des 1833 verstorbenen Komponisten, wurde in den Verneis bei Paris am 16. Oktober 1828 geboren, studierte die Rechte, wurde 1849 ins Barreau von Paris eingeschrieben, begann als Verteidiger in politischen Prozessen seine Laufbahn und wurde 1869 Mitglied des gesetzgebenden Körpers. Am 4. September 1870 wurde er Sekretär der nationalen Vertretung und Justizminister, am 1. Februar 1871 interimistischer Minister des Innern an Jules Favres Stelle, wurde aber am 22. Februar von Picard abgelöst, trat für das Ardèche-Departement in die Nationalversammlung und am 1. Dezember in den Pariser Gemeinderath, zu dessen Vize-Präsidenten er fünf Mal ernannt wurde. Am 30. Januar 1876 wurde er zum Senator gewählt. Am 25. Januar 1879 wurde er zum Seinepräfekten ernannt und zeigte sich als eifriger Beförderer des Laienunterrichts der Spitalverwaltung, Pierdebahnen u. s. w. Herold war gemäßigter Republikaner. Er hat eine Reihe von Schriften juristischen und volkswirtschaftlichen Inhalts verfaßt.

Da die Unterdrückung der irischen Frauenlandliga nicht vermocht hat, die Führerinnen dieser Liga unschädlich zu machen, dieselben nach dieser Maßregel vielmehr um so provokirender aufgetreten sind, hat sich die Regierung genöthigt gesehen, die hervorragendsten Mitglieder der Frauenliga in Dublin sowohl als an anderen Orten verhaften zu lassen. Dieser Schritt wird voraussichtlich zu einer um so heftigeren Agitation unter der irischen Bevölkerung führen, die jedoch sehr bald nachlassen wird, sobald die Regierung nur fest bleibt und die ihr zustehenden Gewalten mit allem Nachdruck in Anwendung bringt. Nichts hat so sehr die landligistische Bewegung gefördert, als die unzeitige Nachsicht und Milde, welche das Kabinett Gladstone aus politischen Gründen so lange gegen die Barnett und Genossen hat vorwalten lassen. Die Polizei von Macroom hat in den letzten Tagen des alten Jahres noch einen sehr wichtigen Fang gemacht. Es ist ihr, nach dem von uns bereits mitgetheilten Telegramm, gelungen, das Haupt der berüchtigten Fenierbande, welche so lange der Schrecken der Grafschaft Cork gewesen, festzunehmen. Diese unter dem Kriegsnamen „Kapitän Mondlicht“ bekannte und gefürchtete Persönlichkeit, welche in den letzten Monaten eine Anzahl von agrarischen Verbrechen in der genannten Grafschaft verübt hat, wurde in dem Hause eines Farmers Thomas Shea zu Rushra, einem Orte halbwegs zwischen Macroom und Millstreet, verhaftet und entpuppte sich als ein wegen schlechter Auführung aus der Linie ausgestoßener, gegenwärtig aber in der Miliz dienender junger Bursche von 21 Jahren, Namens Connell. Die Polizei fand bei ihm eine Anzahl hochwichtiger Schriftstücke, welche ihr einen genügenden Anhalt geben dürften, um die ganze Bande des Kapitän Mondlicht unschädlich zu machen. Diese Papiere geben genaue Auskunft über das Bestehen einer regelmäßigen „Ribbon Sozietät or Affoziation“, deren Mitglieder sich die Züchtigung und Verfolgung aller sich gegen den Kodex derselben vergehenden Pächter zur Aufgabe gestellt haben. Ein Schriftstück enthielt ein Verzeichniß von spezifizirten „Vergehen“ gegen den ungeschriebenen Kodex der „Mondlichtbande“, Vergehen, wegen deren „Strafe und Züchtigung“ bereits verhängt und in Ausführung gebracht worden. Ein anderes Schriftstück enthielt ein „Verzeichniß von Vergehen“, deren Ahndung noch nicht stattgefunden und einem späteren Zeitpunkte vorbehalten war. Die Schriftstücke waren mit fingirten Namen unterzeichnet und gegengezeichnet und endeten mit den Schlussworten „Geprüft und bestätigt zur Ausführung für die bevorstehende Nacht. (Unterschrift.) Kapitän Moonlight.“

Aus Petersburg schreibt der Korrespondent der „Weser-Ztg.“ Seit einigen Wochen ist auf dem Gebiete der Reformen eine auffallende Stille eingetreten, die etwas Beängstigendes an sich hat, denn es kommen Umstände hinzu,

die für Deutschland bedenklich sind. Der Deutschen haß zeigt sich wieder lebhafter als je in allen — auch den höchsten — Volksschichten, und man erzählt sich sogar von einem baldigen neuen Besuch des Königs von Dänemark, der dringend vor auswärtigen Konflikten warnen wolle. Ich will auf das Gebiet politischer Konjekturen nicht eingehen, im Volke aber fühlt man, daß die Gefahr einer auswärtigen Ablenkung der inneren Misere nahe tritt und wie in einer gewissen Verzweiflung stimmt nun Alles in den Heerscharen gegen Deutschland ein, daneben wird das Franzosenthum in jedem seiner Vertreter über die Massen gehätschelt, beim Heere giebt es eine Beweglichkeit, ein Revidiren, ein Reisen der hohen Offiziere, Erlassen von Anordnungen, Inspizieren der Bahnen, Biblen von neuen Korps, von sogenannten Neunmonatssoldaten, Aufstellen von Reserveoffizierkorps binnen kurzer Frist (15. März), daß man sich dies alles wirklich mit der Landeswohlthat nicht mehr zusammenreimen kann. Dazu sind auf der Weichselbahn, wo allerdings gegenwärtig ein bedeutender Getreideexport stattfindet, die Transportmittel sehr vermehrt worden; es werden überall militärische Telephonstationen eingerichtet und besonders in den westlichen Festungen finden Kurse für Einübung des Ohrs der Genietruppen zum Telephondienst statt. Aufsehen erregt ferner die Bildung eines Korps von Soldaten, die nur neun Monate dienen sollen, um wieder andern Platz zu machen, und die beschleunigte Bildung der Reserveoffizierkorps, zu welchen sehr viele gebildete Leute, die mit Auszeichnung gedient haben, plötzlich eingezogen werden, dem Dekret nach bis incl. des Jahrgangs 1852. Aerzte, die in den Heeresdienst treten wollen, bekommen ein ganzes Jahresgehalt, ohne Anrechnung, sofort als Prämie, und junge Mediziner noch ein ganzes Bestek und einen Augenpiegel dazu. Wozu soll das dienen? Diese Frage schwebt auf Jedermanns Lippen; beantwortet ist sie nicht, und auch ich melde nur einfach die Thatfachen. In Polen soll eine neue Eisenbahn gebaut werden von Sedletz bis zur Station Malkin der Bahn von hier nach Warschau; die strategische Wichtigkeit derselben findet in den Blättern die eingehendste Besprechung und daß die Gesellschaft der Warschau-Teresopol-Bahn angewiesen worden, den Bau zu beschleunigen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 4. Jan. [Eine Rechnungs-Manipulation. Verhandlungen mit der Kurie. Reichsbankgeschäfte. Vor einiger Zeit wurde die erstaunliche Mähr verkündet, der Finanzminister Bitter vermöge im bevorstehenden preussischen Etat nicht bloß die ordentlichen, sondern auch die außerordentlichen Ausgaben ohne Anleihe, die doch seit Jahren regelmäßig zur Deckung des Extraordinariums erforderlich war, zu bestreiten. Dagegen, was die Bestätigung einer sehr kühnen Hoffnung erschien, welche Herr Bitter schon in der vorigen Session des Abgeordnetenhauses einmal unter dem Kopfschütteln der Hörer ausgesprochen hatte, konnte doch Niemand bezweifeln, daß es sich höchstens um eine Rechnungs-Manipulation handeln werde. Jetzt erfährt man, daß es in der That nur auf eine solche, und zwar auf eine abgesehen ist, welche nebenbei die Annehmlichkeit für die Regierung darbieten würde, das Extraordinarium oder doch einen Theil desselben, gleich auf ein paar Jahre im Voraus bewilligt zu erhalten: Herr Bitter will eine Anleihe von 60 Millionen M. zu Wasserbauten, Aufforstungen und dgl. zur Verwendung im Laufe einer Reihe von Jahren beantragen. Die Motivierung, unter der man sie fordern will, reicht nicht weit: die Sicherheit, angefangene, große Bauten, Meliorationen u. s. plannäßig fortführen zu können, ist auch bei der jetzigen Methode der Selbstbewilligung vorhanden, denn es ist niemals bezweifelt worden, daß das Parlament durch die Bewilligung einer ersten Rate die moralische Verpflichtung zur Gewährung der weiter erforderlichen Geldmittel übernimmt, aber die parlamentarische Kontrolle über die Ausführung bleibt so eine wirklichere. — Die Zeitungsangabe, daß ein Sekretär der deutschen Gesandtschaft beim König von Italien jetzt zugleich die Verhandlungen mit der päpstlichen Kurie führe, verdient schwerlich Glauben. Abgesehen von dem noch jüngst im Reichstag vom Fürsten Bismarck betonten Umstände, daß eine Vertretung des Reichs nicht dazu berufen sei, die kirchenpolitischen Geschäfte der preussischen Regierung bei der Kurie zu besorgen, würde die Beauftragung eines Mitgliedes der beim Quirinal beglaubigten Botschaft mit diesen Geschäften sowohl dort, als im Vatikan sehr übel vermerkt werden. Wie der Papst die Verlegung der Residenz des Königs von Italien nach Rom bis auf diese Stunden nicht anerkannt hat, so ignorirt er auch die Existenz anderer, als der bei ihm selbst beglaubigten fremden Gesandtschaften in Rom, und man würde im Vatikan unzweifelhaft die Zumuthung, mit einem Mitgliede einer derselben offiziell verhandeln zu sollen, ablehnen. Es ist dazu auch gar kein Grund vorhanden: auch ohne die zeitweilige „zur Erholung“ in Italien verweilenden Beamten des auswärtigen Amtes giebt es Mittelpersonen, durch welche man bis zum Wiedereintreffen des Herrn von Schöller in Rom verhandeln kann. — Die Lage der Reichsbank und die Diskontopolitik ihres Direktoriums zieht wieder einmal mit Recht die Aufmerksamkeit weiterer, als der kaufmännischen Kreise auf sich. Bekanntlich hat das Bankgesetz von 1875 der Noten-Emission der Bank eine Grenze gezogen durch die Bestimmung, daß fünf Prozent Steuer von demjenigen Noten-Betrage zu entrichten sei, welcher über den Betrag des Baarschages und weiterer 250 Millionen Mark ausgegeben wird; die letztere Summe hat sich seitdem einigermassen dadurch erhöht, daß das Noten-Emissions-Recht einiger Privatbanken auf die Reichsbank übergegangen ist. Der letzte Ausweis derselben hat nun zum ersten Mal seit ihrem Bestehen die Ueberschreitung der Grenze der steuerfreien Noten, und zwar um 26 Millionen Mark ergeben, ohne daß das Direktorium eine Erhöhung des Diskontos für nothwendig hielt. Die außerordentliche Finanzmaßnahme der Mittel der Bank ist aber

notorisch auf die hochgefeigerte Effekten-Spekulation zurückzuführen, welche durch die Diskontopolitik der Bank offenbar unterstützt wird; mit Recht wird die Frage aufgeworfen, wie diese etwaige wachsende Ansprüche des legitimen Geschäfts befriedigen will, wenn sie zu Gunsten der Fondsbörse jene Notengrenze überschreitet.

r. Stadtverordnetenversammlung

am 4. Januar.

Anwesend sind 27 Stadtverordnete und 6 Magistratsmitglieder. — Es wird, da dies die erste Sitzung im neuen Jahre ist, alsbald zur Wahl eines Vorsitzenden, sowie dessen Stellvertreter geschritten. Abgegeben werden bei der Wahl des Vorsitzenden 26 Stimmzettel, und es beträgt demnach die absolute Majorität 14. Auf den Geh. Kommerzienrath V. Jaffe fallen 24 Stimmen, so daß derselbe somit zum Vorsitzenden wieder gewählt ist. Derselbe spricht seinen Dank für das ihm geschenkte Vertrauen aus, und nimmt die Wahl an — Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden werden 27 Stimmzettel abgegeben, und es beträgt demnach die absolute Majorität 14. Auf den Justizrath Mügel fallen 19 Stimmen, so daß derselbe somit zum stellvertretenden Vorsitzenden wieder gewählt ist; Justizrath Mügel nimmt die auf ihn gefallene Wahl dankend an.

Die Versammlung schreitet hiernach zur Wahl der Kommissionen. Es werden gewählt: in die Kommission für Rechtsfache Justizrath Dr. Richter, Rechtsanwalt v. Jagdzewski, Justizrath Tschuschke, Auktionskommissarius Manheimer, Bankdirektor Dr. Buski, Justizrath Klemme; in die Baukommission: Justizrath Dr. Richter, Maurermeister Prausnitz, Kaufmann W. Kronthal, Arzt Dr. Osowicki, Kaufmann Herz, Gerichts-Sekretär a. D. König, Kaufmann M. Victor, Kaufmann Lange, Kaufmann Kirßen, Posthalter Gerlach, Kaufmann Brodny, Eisenbahn-Betriebs-Inspektor Jacobi; in die Finanz-Kommission: Kaufmann Löwinsohn, Justizrath Mügel, Buchdruckereibesitzer Köstel, Kaufmann Ad. Kantorowicz, Kaufmann W. Kronthal, Kaufmann Rosenfeld, Auktions-Kommissarius Manheimer, Kaufmann Szapki, Kaufmann Herz, Kaufmann Kirßen, Kaufmann Brodny, Buchdruckereibesitzer Dr. Lebinski; in die Schul-Kommission: Buchhändler Türk, Buchdruckereibesitzer Dr. Lebinski, Justizrath Mügel, Eisenbahn-Betriebs-Inspektor Jacobi, Provinzial-Feuer-Societäts-Sekretär Fontane, Bezirksamtsrath Dr. Rehsfeld, Redakteur Dr. Szymanski, Kaufmann Herz, Arzt Dr. Friedländer, Buchdruckereibesitzer Köstel; in die Wahlkommission: Buchhändler Türk, Kaufmann Gerhardt, Gerichts-Sekretär a. D. König, Kaufmann Rosenfeld, Redakteur Dr. Szymanski, Kaufmann Victor, Putzfabrikant Ziegler, Kaufmann Lissner, Buchdruckereibesitzer Köstel, Kaufmann Lange, Arzt Dr. Friedländer; in die Klassen-Revisions-Kommission: Auktionskommissarius Manheimer, Kaufmann Löwinsohn als Mitglieber, Buchdruckereibesitzer Köstel und Bankdirektor Dr. Buski als Stellvertreter.

Nachdem die Versammlung somit für das Jahr 1882 neu konstituiert ist, macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen. Baumeister Wilke, welcher das Stadttheater gebaut, hat dem Magistrat angezeigt, daß er, um seine Rechte zu wahren, denselben durch das Gericht wegen seiner rückständigen Forderungen den Zahlungsbefehl hat zugehen lassen. Mit der Prüfung dieser Angelegenheit, welche auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden soll, wird die Bau- und Finanzkommission beauftragt. — Zur Revision und Unterzeichnung der Sitzungs-Protokolle wird gemäß der Geschäftsordnung eine aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission gewählt.

Ueber die event. Uebernahme der Wallstraße von der St. Paulikirchstraße bis zur Magazinstraße, vom Berliner Thor bis zum Neuen Thor und der Straße von St. Albalert bis nach Brispadell berichtet im Namen der Kommission, welcher diese Angelegenheit zur Vorberathung überwiesen worden ist, Stadtverordneter Fontane. Danach hat die Kommandantur dem Magistrat die Wallstraße u. c. auf den angegebenen Stellen zur unbeschränkten Benutzung angeboten; der Magistrat jedoch verhält sich dieser Offerte gegenüber zur Zeit ablehnend, und die Kommission stimmt hierin dem Magistrat bei. Da zwischen Militärkasus und Magistrat bereits ein Vertrag besteht, nach welchem gegen Zahlung von jährlich gegen 1000 Mark die Wallstraße für den Verkehr von leichten Fuhrwerken freigegeben ist, so würde es sich demnach in dem vorliegenden Falle nur um den Frachtwagenverkehr handeln, der aber auf den angegebenen Strecken nur unbedeutend sein würde; dagegen würden aus der Uebernahme jener Straßenstrecken der Stadtgemeinde recht bedeutende Lasten erwachsen, indem die Polizeidirektion unzweifelhaft bald die Pflasterung dieser Strecken verlangen würde, woraus der Stadtgemeinde ein Kostenaufwand von 26,700 M. erwüch; auch von der Errichtung von Privathäusern an den genannten Straßenstrecken würde vorläufig wohl wenig die Rede sein. Die Kommission empfiehlt demnach den Antrag des Magistrats anzunehmen; die Proposition zur Kommandantur zur Zeit dankend abzulehnen. — Von der Versammlung wird nach kurzer Debatte der Magistratsantrag angenommen.

Die Kosten für die in dem Grundstück Wasserstraße Nr. 27 für die Bürgerchule eingerichtete Gasrohrleitung in Höhe von 195 Mark werden gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Stadtverordneter Rosenfeld berichtet, bewilligt.

Der Mühlenbesitzer A. Kratochwill hat Angesichts der bedeutenden Brände, welche in den letzten Monaten unsere Stadt heimgesucht haben, die Mannschaften seiner Feuerwehr gegen Unfälle versichert und den Magistrat um Erstattung der Versicherungsprämie in Höhe von 116 M. ersucht. Bei der Tüchtigkeit der Kratochwill'schen Feuerwehr beantragt Magistrat die Bewilligung dieses Betrages, der von der Versammlung auch gewährt wird.

Ueber die Feststellung der Submissionsbedingungen bei Vergebung von Neubauten und den jährlichen Reparaturarbeiten in der städtischen Verwaltung wird bei der Bedeutung dieser Angelegenheit, und da die Kommission, welcher die Magistratsvorlage zur Vorberathung überwiesen worden ist, mancherlei Änderungen beantragt hat, in einer besonderen Sitzung berathen werden.

Zum Mitgliede der Direktion der Gas- und Wasserwerke wird an Stelle des zum unbeforderten Magistrats-Mitgliede gewählten bisherigen Stadtverordneten W. Kantorowicz gemäß dem Antrage der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter C. Köstel berichtet, Stadtverordneter A. Brodny gewählt.

An Stelle von zwei Mitgliedern der Einschätzungskommission für die Klassensteuer im V. und VI. Bezirk, welche die Wahl nicht angenommen haben, werden auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter C. Köstel berichtet, zwei andere Personen gewählt.

Zum Mitgliede der Erfaßkommission wird an Stelle eines Mitgliedes, welches abgelehnt hat, gemäß dem Vorschlage der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter C. Köstel berichtet, Kaufmann Moritz Milch gewählt.

Zu Taxatoren der Pferdeaushebungs-Kommission werden auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Gerhardt berichtet, wiedergewählt Wagenbauer Pilling, Thierarzt Stanowski, Brauereibesitzer Gumprecht; zu Stellvertretern: Brauereibesitzer Joseph Gumprecht, Kaufmann Gustav Kronthal, Kaufmann Nathan Weiß.

Die Mitglieder der Einschätzungskommission für die klassifizierte Einkommensteuer werden gemäß dem Antrage der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter König berichtet, gewählt.

Zum Schiedsmann für den VI. Bezirk wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Lange berichtet, Kaufmann Wostowski gewählt.

Zum Schiedsmann für den IX. Bezirk wird gemäß dem Antrage der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Lange berichtet, an Stelle des Rentiers Lüpke der bisherige Stellvertreter, Kaufmann Kirsten, und zum Stellvertreter Kaufmann Th. Hartwig gewählt. Dem Rentier Lüpke, dem langjährigen Schiedsmann im IX. Revier, spricht die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ihren Dank aus.

Zum Schiedsmann für den XIII. und XIV. Bezirk wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Lange berichtet, an Stelle des Kaufmanns Mich. Kantorowicz, dessen Wahlperiode abläuft, Rentier Wilhelm Busse gewählt. Der Vorsitzende spricht den Dank für die Thätigkeit des bisherigen Schiedsmanns aus.

Zum Vorsteher des VI. Armenbezirks wird gemäß dem Antrage der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Gerhardt berichtet, an Stelle des Apothekenbesizers Dr. Bachsmann, welcher abgelehnt hat, Kaufmann Hummel gewählt.

Ueber die Entlastung der Rechnung für die Kranken aus Verwaltung pro 1879/80 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Kirsten, und beantragt mit Rücksicht darauf, daß der Etat um 5308 M. überschritten worden ist, die Versammlung möge die Ertheilung der Decharge aussetzen, und den Magistrat ersuchen, Aufklärung über die Ursache dieser Ueberschreitung zu geben, und überhaupt künftig bei allen erheblichen Abweichungen vom Etat die Gründe zu erläutern. Dieser Antrag wird angenommen.

Die Entlastung der Rechnung für die Hospitalverwaltung pro 1879/80 wird gemäß dem Magistratsantrage, über welchen im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Kirsten berichtet, bewilligt.

Mit der Entlastung der Rechnung für die Waisenvogel für 1879/80 erklärt sich die Versammlung nach dem Magistratsantrage, über welchen im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter M. A. Heimer berichtet, einverstanden.

Der Magistrat hat beantragt, die Versammlung möge die Kosten zur Erweiterung des Straßen-Wasserrohrs in der Klotzerstraße in Höhe von 1650 M. bewilligen, da das Rohr, welches nach dem Regierungsgebäude führt, zu eng sei, so daß die Druckhöhe nicht ausreichend ist; die Legung des neuen weiteren Rohrs würde 1950 M. kosten, wogegen das alte Rohr, welches herausgenommen werden soll, einen Werth von ca. 300 M. repräsentirt. Stadtverordneter Brauns, welcher über diese Angelegenheit berichtet, beantragt Ueberweisung an die Baukommission, und dieser Antrag wird angenommen.

Der Magistrat ist, wie Stadtverordneter Drgler mittheilt, dem in Betreff der Kündigung der Anleihe aus dem Reichs-Invalidentfonds unter dem 23. November v. J. gefaßten Beschlusse nachgegeben.

Ueber die Steuerkontrolle an dem neuen Festungsthor in der Verlängerung der Kl. Ritterstraße und die dafür entstehende Ausgabe berichtet Stadtverordneter Kirsten. Der Magistrat hat danach mit Rücksicht darauf, daß die Errichtung eines besonderen Gebäudes für die Erhebung der Schlachtsteuer an diesem Thore nebst Dienstwohnung ca. 30-40,000 Mark kosten würde, und die Weitererhebung der Schlachtsteuer als Kommunalsteuer immer nur auf die Zeit von drei Jahren bewilligt wird, beantragt, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß die Einbringung steuerpflichtiger Thiere und Gegenstände durch das Neue Thor verboten und das Pauschquantum für die Erhebung der Schlachtsteuer wegen der aus der Steuerkontrolle am Neuen Thor erwachsenden Kosten von bisher 12 auf 14,70 pCt. erhöht werde. Stadtverordneter Kirsten empfiehlt mit Hinweis darauf, daß die steuerpflichtigen Thiere und Gegenstände von den Bahnhöfen ohne Schwierigkeit durch das Berliner oder das Wilda-Thor in die Stadt hineingeführt und dort veräußert werden könnten, den Magistratsantrag, und stellt es jedoch dem Magistrat zur Erwägung anheim, dahin zu wirken, daß das Neue Thor während der Nacht geschlossen werde. — Stadtverordneter Jacobi empfiehlt, die Vorlage der vereinigten Finanz- und Rechtskommission zu überweisen. — Nachdem jedoch Bürgermeister Herje darauf hingewiesen, daß die Angelegenheit eine dringende sei, da die Polizei-Direktion auf eine Regulirung des Verkehrs durch Berliner und Neues Thor hinwirke und dabei die Steuerkontrolle am Neuen Thore in Betracht komme, wird die Ueberweisung an die vereingte Finanz- und Rechtskommission abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen.

Vom Stadtverordneten Brodny ist ein Antrag, betreffend die Abänderung des § 4 der Geschäftsordnung, der von den „eingebenden Sachen“ handelt, eingegangen; derselbe wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Damit erreicht die Sitzung, welche gegen 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, 6½ Uhr Abends ihr Ende.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 4. Januar. Wegen der bekannten Vorgänge auf der Pferdebahn vom 8. November 1880 war auf Antrag der Herren Dr. Förster und Jungfer gegen den Liqueurfabrikanten Herrn Edmund Kantorowicz die Anklage erhoben worden, und wurde der Letztere in der öffentlichen Verhandlung vom 30. August 1881 wegen des gegen Dr. Jungfer geführten Schlags zu eine Woche, wegen der Beleidigung des Dr. Förster zu vier Wochen, in Summa zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Gegen dieses Erkenntniß hatte der Angeklagte die Revision beantragt. Die Sache wurde heute in der zweiten Instanz vor der V. Strafkammer (Vorsitzender Landgerichtsrath Martius) verhandelt. Als Vertheidiger fungirte Rechtsanwalt Munkel, die Anklage vertrat Staatsanwalt v. Sauten. Den Sachverhalt haben wir seiner Zeit mitgetheilt. Zu dem heutigen Termin sind sämmtliche in der ersten Instanz vernommene Zeugen, außerdem aber der Direktor Dr. Kempff und der Kaufmann Beiser vorgeladen worden. Beim Aufzuge der Sache fehlte der Dr. Förster. Es ergab sich, daß die Vorladung demselben nicht ordnungsmäßig zugegangen war. Der Gerichtshof beschloß, den Versuch zu machen, durch Absendung eines expressen Boten den Zeugen sofort herbeizuholen. Nach Erstattung des Referats über die Vorgänge in der ersten Instanz durch den Landgerichtsrath Kinnel konstatirte der Vorsitzende, daß das Schreiben des Angeklagten an das Bezirkskommando nicht bei den Akten sich befinde und daß es in dem Falle darauf ankommen könnte, wenn etwa der Gerichtshof zu der Annahme kommen sollte, daß der Angeklagte in diesem Schreiben an das Bezirkskommando sich in der Wahrung berechtigter Interessen befunden. Es soll versucht werden, durch Vernehmung des Dr. Förster über diesen Mangel hinwegzukommen.

Der Angeklagte giebt dieselbe Darstellung des Sachverhalts wie in der ersten Instanz, und schildert namentlich durch Vorweisung seines Notizbuchs, wie er damals in der großen Aufregung, in welcher er sich befunden, auf der Polizeiwache, während er selbst die Namen der Zeugen aufschrieb, sich die Namen der beiden Lehrer aufnotirt, wie ihm im Gedächtniß später immer vorgeschwebt habe, daß der geohrfeigte blondhärtige Mann Herr Dr. Förster, der etwas mehr brünette Mann dagegen Herr Dr. Jungfer gewesen sei und blieb auch in dieser Audienz dabei, daß er lediglich aus Verneinung in seiner dem „Börsen-Courier“ gegebenen Darstellung, wie auch in seiner Eingabe an die vorgelegte Schulbehörde und das Bezirkskommando dem Dr. Förster fälschlich als den Geohrfeigten bezeichnet habe. Er sei öffentlich beleidigt worden und er habe es für seine Pflicht gehalten, auch öffentlich die Sache klar zu stellen.

Es wurde hierauf in die Beweisaufnahme eingetreten.

Der erste Zeuge ist der Professor Dr. Dillmann: Ich fuhr am 8. November 1880 Nachmittags zur Akademie und hörte, wie im Pferdebahnwagen zwei Herren sich in sehr lauter Weise über die Judenfrage unterhielten. Ich hörte, wie Einer von den Herren sagte: Es muß noch deutsche Hiebe geben. Ich bin gestern bei Stöder gewesen, das ist doch ein echt deutscher Mann, den Jeder unterstützen muß, der andere Herr sagte: „Na Straßmannleben hat es ja auch schon abbekommen.“ Die Unterhaltung wurde in einer Weise geführt, daß, obwohl mich dieselbe nicht interessirte, meine Aufmerksamkeit erregte, da es mir auffiel, daß zwei anscheinend den gebildeten Kreisen angehörende Herren eine derartige Konversation im Pferdebahnwagen führen können. Die Unterhaltung trug einen solchen Charakter, daß alle übrige Unterhaltung im Wagen verstummte und alle Insassen der Konversation der DDr. Förster und Jungfer ihre Aufmerksamkeit schenkten. — Vors.: Haben Sie im Pferdebahnwagen einen Juden bemerkt? — Zeuge: Nein, auch den Angeklagten habe ich im Wagen nicht gesehen. — Kaufmann Zeller mann bestätigte im Allgemeinen die Deposition des Angeklagten über die Vorgänge im Pferdebahnwagen. — Gymnasiallehrer Dr. Jungfer: Am 8. November 1880 fuhr ich mit Dr. Förster von der Schützenstraße nach der Behrenstraße. Dr. Förster ärgerte sich sehr über einen Artikel des „Berliner Börsen-Courier“, der arge Angriffe gegen den Hofprediger Stöder enthielt. Dr. Förster erzählte mir davon und gebrauchte dabei die Worte: „Jüdische Journalistenlummel“, „der 15. Januar wird andere Resultate bringen“, damit meinte Dr. Förster den Abgang der damals im Umlauf befindlichen Judenpetition an den Reichskanzler. Ferner äußerte Dr. Förster: Es muß noch deutsche Hiebe geben. Ich sagte: in Rücksicht auf die damals stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen: „Na Straßmannleben hat es ja auch schon abbekommen.“ Eine Beleidigung habe ich mit dieser Redensart weder beabsichtigt, noch glaube ich, daß Dr. Förster eine solche Absicht hatte. An den Angeklagten waren unsere Äußerungen nicht gerichtet. Der Angeklagte setzte sich jedoch uns sehr bald gegenüber und rief uns zu: Sie sind unverschämte Buben, die Ohrfeigen verdienen. Ob diese Bemerkung in Pluralis oder Singularis gefallen ist, vermag ich nicht zu sagen. Des Weiteren bestätigte der Zeuge Dr. Jungfer die Deposition des Angeklagten. — Es erschien Dr. Bernhard Förster: Ehe ich hier Zeugniß ablege, habe ich an den hohen Gerichtshof eine Bitte zu richten. Im ersten Termin vor dem Schöffengericht hat der hier wieder anwesende Vertheidiger, Rechtsanwalt Munkel, mich in arger Weise beleidigt. Ich habe daraufhin Herrn Rechtsanwalt Munkel eine Forderung übersandt; Herr Rechtsanwalt Munkel hat jedoch die Forderung abgelehnt und mir geschrieben: er würde in der Berufungsinstanz Gelegenheit haben, seine Äußerungen zu wiederholen. Da also Herr Rechtsanwalt Munkel augenscheinlich seine Beleidigungen gegen mich zu wiederholen beabsichtigt, so erlaube ich den hohen Gerichtshof, Herrn Rechtsanwalt Munkel eine Warnung zu ertheilen. — Vorsitzender: Eine Warnung kann ich dem Herrn Vertheidiger nicht ertheilen; sollten jedoch Beleidigungen hier ausgesprochen werden, so werde ich von meiner Befugniß Gebrauch machen. — Zur Sache selbst bekundete hierauf Dr. Förster: Ich war zur Zeit anlässlich eines Artikels im „Berliner Börsen-Courier“, der arge Angriffe gegen den Hofprediger Stöder enthielt, sehr aufgeregt und habe in sehr lauter Weise die vom Angeklagten mitgetheilten Äußerungen im Pferdebahnwagen gethan. Ich wolle keinen der Insassen des Wagens beleidigen. Der Angeklagte setzte sich uns jedoch gegenüber, firirte uns und rief dem Dr. Jungfer zu: Sie sind ein ganz gemeiner Bube, der Ohrfeigen verdient. Ob diese Bemerkung auch gegen mich gerichtet war, möchte ich bezweifeln; ich nahm aus dem ganzen Benehmen des Angeklagten an, daß die Beleidigung des Angeklagten lediglich gegen Dr. Jungfer gerichtet war. Als wir an der Behrenstraße angelangt waren, schrie Kantorowicz auf mich deutend: „Das ist der deutsche Stöder, dem werde ich sein Deutschthum schon anstreifen.“ Unsere Vernehmung auf der Polizei, noch mehr aber der von mir an ihn gerichtete Brief mußte es Jedem klar machen, daß nicht ich, sondern Dr. Jungfer der Geschlagene sei. — Vors.: Was mag wohl den Angeklagten veranlaßt haben, Sie als Empfänger der Ohrfeige zu bezeichnen? — Zeuge: Sehr einfach, weil der Angeklagte wußte, daß ich Richter war und weil er mich in meiner militärischen und zivilen Stellung unmöglich machen wollte. — Vertheidiger: Ich richte die Frage an den Zeugen: ob er dieser Affaire wegen disziplinarisch bestraft worden ist? — Vors.: Es herrschen im Kollegium Zweifel, ob diese Frage dem Zeuge vorgelegt werden solle. Vertheidiger: Ich bemerke, daß diese Frage dem Zeugen schon in der ersten Instanz vorgelegt worden ist. Der Zeuge hat damals geantwortet, daß er mit einem Verweise bestraft worden ist. Nach kurzer Berathung beschloß der Gerichtshof, den Antrag des Vertheidigers abzulehnen. Vertheidiger: Dann beantrage ich, die Akten von der Zivilbehörde des Zeugen einzufordern, aus denen hervorgeht, daß der Zeuge dieser Affaire wegen mit einem Verweise bestraft worden ist. Ferner beantrage ich die Akten der Militärbehörde des Zeugen einzufordern, aus denen zu ersehen ist, daß der Zeuge mit schlechtem Abschiede aus der Armee entlassen worden ist. — Staatsanwalt: Ich halte diesen Beweis umso mehr für unerheblich, da ich in Folge des Benehmens des Zeugen Förster und Jungfer bereits in der Lage bin, auf mildernde Umstände zu plaidiren. — Nach kurzer Berathung lehnte der Gerichtshof auch den zweiten Antrag des Vertheidigers ab. (Schluß folgt.)

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 4. Januar. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrathes der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft wurde die von der Direktion vorgeschlagene Ermäßigung der Kohlen-Ausnahmetarife einstimmig genehmigt. Die Einführung der neuen Tarife soll nicht vor dem 1. Juli cr. erfolgen.

Königsberg i. Pr., 4. Januar. Der Reichskanzler Fürst Gortschakoff ist gestern Abend um 9 Uhr hier eingetroffen und im Hotel „Königlicher Hof“ abgestiegen. Derselbe setzt heute Mittag die Reise nach Petersburg fort.

Wettmann, 4. Januar. Bei der heutigen Landtags-Nachwahl im 3. Düsseldorf Wahlkreise wurde Benninghoven (natlib.) mit 109 St. gewählt. Der Gegenkandidat Liebemann (freikonserv.) erhielt 79 Stimmen.

München, 4. Januar. Die Kammer der Abgeordneten beriet heute über den Etat des Ministeriums des Außern. Zu den Positionen „Gesandtschaften“ verlangte der Abg. Herz unter Hinweis auf die Rudhardt-Affaire die Aufhebung sämmtlicher Gesandtschaftsposten. Abg. Schels ist aus Partikularismus für Beibehaltung der Gesandtschaften, will aber nur den Berliner Posten streichen und beantragt deshalb die Zurückverweisung an den Ausschuss. Der Minister des Außern, von Crailsheim, hält hinsichtlich der Gesandtschaften an dem Standpunkt seines Vorgängers fest, welchen kein haisischer Minister verlassen dürfe. Bezüglich der s. g. Rudhardt-Affaire könne eine authentische Darlegung nicht stattfinden, weil dieser Vorgang nicht in großer Gesellschaft mit vielen Augen- und Ohrenzeugen sich zugetragen habe, sondern intimer, persönlicher und privater Natur war. Er konstatirte, daß die Berichte in der Presse die Sache entstellten und übertrieben, daß die Abberufung des Gesandten von Berlin aus dem freien Entschlusse der Regierung hervorgegan-

gen und daß Fürst Bismarck dem guten Willen und dem Patriotismus Rudhardt's völlige Gerechtigkeit habe angedeihen lassen. Wenn das Ansehen und der Einfluß der Regierung hierbei keine Trübung und keine Minderung erlitten habe, so beweise dies das richtige Verhalten der Regierung. Abg. Schels beharrt auf einer authentischen Darlegung des Vorgangs und übergiebt einen schriftlichen Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss behufs Streichung des Gesandtschaftspostens in Berlin. Minister v. Crailsheim hält die Zurückverweisung für verfehlt, weil in der Ausschuss-Sitzung die gleiche Deffentlichkeit herrsche wie in der Plenarsitzung. Referent Frankenburg bezeichnet gleichfalls die ertheilte Auskunft als unbefriedigend, hält aber den Antrag auf Streichung des Berliner Postens als des wichtigsten und unentbehrlichsten für lächerlich; er spricht sich deshalb gegen die Zurückverweisung aus. Der Antrag Schels wird in der Abstimmung mit schwacher Majorität abgelehnt, der Dispositionsfonds trotz warmer Befürwortung durch den Minister gestrichen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. Januar	Morgens 1,08 Meter.
„ „ 4. „	Mittags 1,10 „
„ „ 5. „	Morgens 1,08 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 4. Januar (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,40, 5. Pariser do. 80,85. Wiener do. 171,40, R.-M. St.-A. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 102½. R.-M.-Pr.-Anth. 128½. Reichsanl. 101½. Reichsbank 149½. Darmst. 163½. Meiningen B. 101½. Dett.-ung. Bf. 722,00. Kreditaktien 308½. Silberrente 67½. Papierrente 66½. Goldrente 80½. Ung. Goldrente 76½. 1860er Loose 125. 1864er Loose 327,40. Ung. Staatsl. 231,40. do. Ditt.-Dbl. II. 95½. Böhm. Westbahn 278½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 198½. Galizier 266 —. Franzosen 279. Lombarden 126½. Italiener 89½. 1877er Russen 89½. 1880er Russen 72½. II. Orientanl. 59½. Centr.-Pacifc 112½. Diskontokommandit —. III. Orientanl. 59. Wiener Bankverein 122½. ungarische Papierrente —. Buschtiebraber —. Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 308½, Franzosen 279, Galizier 265½, Lombarden 127, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 4. Januar. (Schluß-Course.) Günstig, schließlich auf Berliner Notirungen schwächer.

Papierrente 77,37½. Silberrente 78,40. Oesterr. Goldrente 94,15. Ungarische Goldrente —. 1854er Loose —. 1860er Loose 132,20. 1864er Loose 173,00. Kreditloose 117,50. Ungar. Prämienl. 122,70. Kreditaktien 349,80. Franzosen 322,75. Lombarden 145,50. Galizier 309,00. Kasch.-Derb. 149,00. Parubitzer 164,00. Nordwestbahn 230,50. Elisabethbahn 217,50. Nordbahn 2602,50. Oesterreich-ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 142,10. Anglo-Austr. 147,50. Wiener Bankverein 138,60. Ungar. Kredit 347,00. Deutsche Plätze 58,30. Londoner Wechsel 118,95. Pariser do. 47,12. Amsterdamer do. 98,20. Napoieons 9,42. Dukaten 5,59. Silber 100,00. Marknoten 58,30. Russische Banknoten 1,23½. Lemberg-Cernowit —. Kronpr.-Rudolf 174,50. Franz-Josef —. Durg-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —.

4prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —. Elbthal 253,50. ungarische Papierrente 89,80. ungar. Goldrente 89,32½. Buschtiebraber B. —. Ung. Präm. —. Eskompte —.

Paris, 4. Januar. (Schluß-Course.) Träge.

3proz. amortisirt. Rente 84,80, 3proz. Rente 84,55. Anleihe de 1872 114,75. Italien. 5proz. Rente 90,75. Oesterreich. Goldrente 80½, 6prozent. ungar. Goldrente 104½, 4proz. ungar. Goldrente 78½, 5proz. Russen de 1877 93½, Franzosen 717,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 318,75. Lomb. Prioritäten 274,00. Türken de 1865 14,65. Türkenloose 63,75. III. Orientanleihe 59½. Credit mobilier 750,00. Spanier exte. 29½, do. inter. —. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 913,00. Union gen. 3060,00. Credit foncier 1795,00. Egypter 361,00. Banque de Paris 1320,00. Banque d'escompte 885,00. Banque hypotbecaire —. Londoner Wechsel 25,21½, 5proz. Rumänische Anleihe —.

Florenz, 4. Januar. 5pCt. Italien. Rente 92,70, Gold 20,45.

London, 4. Januar. Natl. Consols 99½, Ital. 5proz. Rente 87½, Lombard. 12½, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 87½, 5proz. Russen de 1872 87½, 5proz. Russen de 1873 86½, 5proz. Türken de 1865 13½, 3proz. fundirte Amerikaner 105½. Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 74½, Oesterr. Goldrente 80, Spanier 29½, Egypter 71½, 4proz. preuß. Consols —, 4proz. bar. Anleihe —.

Platzdiskont 4 pCt.

London, 4. Januar. Silber 51½.

In die Bank flossen heute 17,000 Pf. Sterl.

Petersburg, 4. Januar. Wechsel auf London 25½, II. Orientanleihe 89½, III. Orientanleihe 90.

Produkten-Kurse.

Standaard white loco 7,00 bez. und Käufer, pr. Januar 7,15 B., per März 7,25 Br., per April 7,40 Br., per Mai 7,40 Br., pr. August-Dezember 8,10 bez. und Käufer.

Wien, 4. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Frühjahr 12,62 Gd., 12,65 Br. Hafer pr. Frühjahr 8,35 Gd., 8,40 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,55 Gd., 7,57 Br.

Wett, 4. Januar. Productenmarkt. Weizen loco fest, auf Termine fest, schluslos, pr. Frühjahr 12,42 Gd., 12,45 Br. — Hafer pr. Frühjahr 8,22 Gd., 8,24 Br. — Mais pr. Mai-Juni 7,25 Gd., 7,28 Br. — Wetter: Trübe.

Samburg, 4. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco und auf Termine rubig. Weizen pr. Januar 230,00 Br., 228,00 Gd., per April-Mai 227,00 Br., 225,00 Gd. Roggen pr. Januar 172,00 Br., 170,00 Gd., per April-Mai 162,00 Br., 160,00 Gd. Hafer und Gerste still. Kübbel still, loco 57,50, per Mai 58,50. — Spiritus still, per Januar 41½ Br., per Februar-März 41½ Br., per März-April 41½ Br., per April-Mai 41 Br. Rasse rubig, geringer Umlauf. Petroleum rubig, Standard white loco 7,50 Br., 7,40 Gd., per Januar 7,40 Gd., per Februar-März 7,60 Gd. — Wetter: Sehr trübe.

London, 4. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31,790, Gerste 5780, Hafer 29,680 Orts.

Fremder Weizen sehr fest, Malzgerste fest, Maltgerste, Hafer und Mais schwächer, Wehl, Bohnen und Erbsen fest. Angelommene Weizenladungen fest, gefragt.

London, 4. Januar. An der Rüste angeboten 10 Weizenladungen. — Wetter: Kalt.

London, 4. Januar. Gananmaszucker Nr. 12 25. Stetig.

Glasgow, 4. Januar. Roheisen. Mixed numbers warrants 52 sh. 6 d.

Glasgow, 4. Januar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 52 sh. 3 d.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Januar. Wind: WNW. Wetter: Naß.

Weizen per 1000 Kilo loco 202-235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmelb. - bezahlt, defekter Polnischer - Markt ab Bahn, per Januar - bezahlt, per Januar-Februar - bezahlt, per Februar-März - bezahlt, April-Mai 225 1/2 - 225 - 226 M. bezahlt, Mai-Juni 225 1/2 - 225 - 226 M. bez., per Juni-Juli 226 - 226 1/2 M. bez. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 217 1/2 Mark. - Roggen per 1000 Kilo loco 169-180 M. nach Qualität gefordert, neu inländischer 175-177 1/2 a. B. bez., hochfeiner 178 1/2 M. ab B. bez., Kammer - ab B. bez., alter - Markt ab B. bezahlt, russischer und polnischer 170-174 Mark a. B. bezahlt, feiner - Markt ab Bahn bezahlt, defekter - Markt ab Bahn bezahlt, per Januar 172 1/2 - 172 - 172 1/2 M. bezahlt, per Januar-Februar 170 1/2 bez., per Februar-März 170 1/2 bezahlt, per April-Mai 167 1/2 - 166 1/2 - 166 1/2 bezahlt, per Mai-Juni 165 1/2 - 164 1/2 bezahlt, per Juni-Juli 163 1/2 - 162 1/2 - 163 Mark bezahlt. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 172 1/2 Mark. - Gerste per 1000 Kilo loco 136 bis 200 Mark nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 138-173 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 139-149 bezahlt, ost- und westpreussischer 145-157 bezahlt, pommerischer und Udermäcker 146-151 bezahlt, schlesischer 150-158 bez., böhmischer 150-158 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer - ab B. bez., feine 162-164 bez., per Januar - Markt bez., per April-Mai 145 1/2 - 145 1/2 bez., per Mai-Juni 145 1/2 M. bezahlt, per Juni-Juli 147 M. Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - Markt. - Erbsen per 1000 Kilo Rothe 172-215 M. Futterwaare 158 bis 167 Mark. - Mais per 1000 Kilo loco 143-153 nach Qualität gefordert, per Januar 148 Mark, Januar-Februar - M., per April-Mai 139 1/2 M., per Mai-Juni 138 M. Gefündigt - Zentner. R=

gularungspreis - M. - Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00-30,50 Mark, 0: 29,50-28,50 M. 0/1: 28,50 bis 27,50 Mark. - Roggenmehl inkl. Sad 0: 25,25 bis 24,25 Mark, 0/1: 23,75-22,75 M., per Januar 23,20 bezahlt, per Januar-Februar 22,15 bezahlt, per Februar-März 22,95 bezahlt, per April-Mai 22,80-22,85 bezahlt, per Mai-Juni 22,45 Mark bezahlt, per Juni-Juli 22,25 bis 22,20 Mark bezahlt. - Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 23,20 M. - Delfaat 1000 Kilo Wintertraps - M. Wintertraps - Markt. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 55,5 M., mit Faß 55,8 Mark, per Januar 56,0 bez., Januar-Februar 56,0 M. bez., per Februar-März - bez., per März-April - bez., per April-Mai 57,1 bez., per Mai-Juni 57,0 M. Gefündigt 600 Ztr. Regulierungspr. 56,0 M. - Leinöl 100 Kilo loco - nom. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,3 Mark, per Januar 23,8-23,7-23,8 Mark bezahlt, per Januar-Februar 23,8-23,7-23,8 M. bezahlt, per Februar-März 24,2 M., per April-Mai 23,9 Mark bez., per Mai-Juni - Markt, per September-Oktober 25 Mark. Gefündigt 4000 Zentner. Regulierungspreis 23,8 Mark. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 47,0 M. bez., per Januar 48,7-48,9 M. bez., per Januar-Februar 48,7-48,9 M. bez., per Februar-März - M. bez., per März-April - bez., per April-Mai 50,1-50,3 M. bez., per Mai-Juni 50,3-50,5 M. bezahlt, per Juni-Juli 51,3-51,5 M. bez., per Juli-August 52,1-52,3 bez. Gefündigt 70,000 Liter. Regulierungspreis 48,7 M. (B. B. 3.)

Stettin, 4. Januar. [An der Börse.] Wetter: Regnig. + 6° Gr. N. Barom. 28. Wind: SW. Weizen geschäftlos, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 209 bis 224 Mark bez., geringer 194-206 Mark bez., weißer 210-226 M. bez., per April-Mai 228 M. Br. u. Gd., per Mai-Juni 228 M.

Br. u. Gd. - Roggen matt, per 1000 Kilo loco inländischer 166 bis 171 M. bez., abgel. Anmelbung - M. bez., defekter - M. bez., per Januar 167 M. bez., per April-Mai 165,5-164,5-165 M. bez., per Mai-Juni 163 M. bez., per Juni-Juli 161,5-161 M. bez. - Gerste still, per 1000 Kilo loco Brau- 152-158 Mark bez., Futter- 128 bis 138 M. bez., geringere - M., Schlessische - Markt. - Hafer still, per 1000 Kilo loco neuer inländischer - M., neuer Pommerischer 140-149 M. bez., russischer - M. bez., Schwebischer - M. bez., per April-Mai - M. per Mai-Juni - Markt. - Erbsen unerändert, per 1000 Kilo loco Rothe 170-178 M. bez., Futter- 158 bis 167 M. bez., per April-Mai Futter- 155 M. bez. - Mais ohne Handel. - Wintertraps behauptet, per 1000 Kilo per April-Mai 270 M. bez., per September-Oktober 263 M. Br. - Rübsöl geschäftlos, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 56,5 M. Br., kurze Lieferung - M. bez., per Januar 54,5 Mark Br., per Februar - M., per April-Mai 56,5 Mark Br., per Mai-Juni - M. - Wintertraps per 1000 Kilo loco Markt Br. - Spiritus fest, per 10,000 Liter-pSt. loco ohne Faß 46 Mark bez., mit Faß - M. bez., kurze Lieferung ohne Faß 45,9 M. bez., per Januar 47,5 M. Gd., per April-Mai 49,4 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 49,9-50 M. bez., Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,9 Mark Br. und Gd. - Angemeldet: 5000 Ztr. Roggen. - Ztr. Rübsöl. - Weizen. - Liter Spiritus. - Regulierungspreise: Weizen - M., Roggen 167 Mark, Rübsöl 54,5 M., Spiritus 47,5 M., Rüben - M. - Petroleum loco 8,2-8,25 M. tr. bez., Regulierungspreis 8,25 M. Heutiger Landmarkt: Weizen 200-220 M., Roggen 168-173 M., Gerste 150-158 M., Hafer 150-160 M., Erbsen 170-185 M., Kartoffeln 30-42 M., Heu 3-3,5 M., Stroh 42-45 M. (Office-Btg.)

Berlin, 4. Januar. In der Situation unserer Börse ist seit gestern eine ziemlich wesentliche Veränderung zu bemerken. Wenn gestern die Spekulation sich beengt und gelähmt fühlte durch die überaus starke Gelbnahme aus der Reichsbank, welche der jüngste Wochen-Ausweis des Institutes darlegte, so zeigte man sich heute frei von allen daran geknüpften Besorgnissen. Schon gestern konnten wir mittheilen, daß Diskonten eher gesucht als angeboten seien, und heute gestaltete sich der Verkehr am Geldmarkte wiederum leichter, wenn dies auch im Diskontsatz noch nicht so voll zum Ausdruck gelangte. In dieser Hinsicht hatte wesentlich der Umstand zur Vererbung beigetragen, daß sich die Leitung der Reichsbank zu einer Erhöhung des

offiziellen Diskonts nicht entschloß, trotzdem der Noten-Umlauf um einige Millionen Mark das steuerfreie Notenkontingent der Bank überschritten hat. Der geschäftliche Verkehr gewann heute eine bedeutend größere Ausdehnung, als er an den Tagen zuvor geseigt hatte und es ist hierbei besonders hervorzuheben, daß auch auf dem bisher sehr vernachlässigten Gebiete der Industriepapiere sich ein lebhafteres Geschäft entwickelte. Bevorzugt waren aber inländische Eisenbahnaktien und von diesen sind namentlich hervorzuheben die Aktien der Mainz-Ludwigshafener Bahn, der Marienburg-Mlawkaer Bahn und der Wachen-Mastriker Bahn. In allen diesen Werthen fanden große Umsätze zu steigenden Preisen statt. Aber es zogen auch die sonst be-

liebtesten Bank-Aktien in den Kursen an, Montanwerthe zeigten eine sehr feste Physiognomie und erhöhten ebenfalls ihre Notierungen. In auswärtigen Staatsanleihen war der Verkehr sehr gering, trotzdem kam aber doch eine feste Haltung zum Ausdruck. In Anlage-Effekten blieb das Geschäft noch unbedeutend. - Per Ultimo notiren: Franzosen 556,50-558,50-557, Lombarden 255-254,50-256,50 bis 254,50, Kredit-Aktien 619-616, Wiener Bankverein 247 bez. u. Gd., Darmstädter Bank 163,90-163,50-165,25-165, Diskonto-Kommandit-Antheile 212,40-212-213, Deutsche Bank 156,50-156,25-156,60, Dortmunder Union 104 1/2-106 1/2, Laurahütte 126,40-126,25-127. Der Schluß war fest. - Privatdiskont 1/2 pSt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 4. Januar 1882.

Preussische Fonds- und Staats-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Pr. Anl., Staats-Anleihe, Ob.-Deich-Obl.) and their corresponding prices.

Preussische Fonds- und Staats-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Pr. Anl., Staats-Anleihe, Ob.-Deich-Obl.) and their corresponding prices.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing various bank and credit stocks such as Badische Bank, Berliner Handels-Ges., etc., with their prices.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Pilsener, Deutsche Lauge, etc., with their prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks such as Aachen-Mairricht, Altona-Riel, Bergisch-Markische, etc., with their prices.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds such as Aachen-Mairricht, Altona-Riel, Bergisch-Markische, etc., with their prices.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing various bank and credit stocks such as Berliner Handels-Ges., etc., with their prices.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Pilsener, Deutsche Lauge, etc., with their prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks such as Aachen-Mairricht, Altona-Riel, Bergisch-Markische, etc., with their prices.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds such as Aachen-Mairricht, Altona-Riel, Bergisch-Markische, etc., with their prices.